

Bismarck, Kriege Reichsgründung

Preußisch-österreichischer Dualismus

Friedrich Wilhelm IV. musste in die Wiederherstellung des Deutschen Bundes einwilligen, in dem Österreich den alleinigen Vorsitz innehatte, und damit seine Pläne auf ein Deutsches Reich vorläufig aufgeben. Preußen hatte zwar nur 17 Millionen Einwohner (gegenüber den 39 Millionen in Österreich samt Ungarn), aber seine schnelle Industrialisierung und die Macht der Deutschen Zollvereins, in dem Österreich nicht Mitglied war, machten es stark.

Unionspolitik Preußens

frei nach <http://www.preussenweb.de/prgesch2.htm>

Als Nachspiel für das Bestreben der Frankfurter Nationalversammlung, einen deutschen Einheitsstaat entstehen zu lassen, kann die Unionspolitik König Friedrichs Wilhelms IV. gelten. Sein Außenminister war **Freiherr von Radowitz**, der der Nationalversammlung in Frankfurt als Vertreter der Konservativen angehört hatte. Das von ihm entwickelte Konzept sah vor, ein »**Deutsches Reich**« -- den engeren Bund -- zu gründen, dessen Staatsoberhaupt der preußische König werden sollte. Um den Zusammenhalt mit Österreich zu wahren, wurde diesem --quasi als Konzession für die Anerkennung der preußischen Hegemonie im Reich -- die Mitgliedschaft in der »**Deutschen Union**« -- dem weiteren Bund -- angeboten, der unauflösbar sein sollte.

Am 26. Mai 1849 schloß Radowitz mit Sachsen und Hannover einen Förderationsvertrag ab, dem sich 28 kleinere deutsche Staaten anschlossen, nicht aber Bayern und Württemberg, **Im März 1850 trat zwar in Erfurt ein »Unionsparlament« zusammen, um eine deutsche Verfassung zu beraten. Der österreichische Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg rief daraufhin den Bundestag zusammen, der aber von 22 Mitgliedern der neuen Union boykottiert wurde. Als in Hessen ein Verfassungskonflikt ausbrach, bereitete der Deutsche Bund sich darauf vor, dem Kurfürsten mit einer bewaffneten Intervention beizuspringen, worauf Preußen mit der Mobilmachung reagierte.** Nunmehr schaltete sich auch **Rußland** in den Konflikt ein und **unterstützte das österreichische Ultimatum auf Beendigung der Mobilmachung und Auflösung der Union.** Die Politik Rußlands, das zu diesem Zeitpunkt maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa ausübte, konnte im nationalen Konzept von Radowitz nichts anderes sehen als eine verkappte Begünstigung revolutionärer Absichten. Gerade hochkonservative Kreise in Preußen opponierten gegen den Kurs von Radowitz, um die traditionelle Freundschaft mit Rußland zu wahren und einen Bruch mit dem Kaiserstaat Österreich zu vermeiden. **Ein Krieg Preußens gegen beide Mächte erschien aussichtslos. Der Außenminister unterlag seinen innenpolitischen Gegnern und trat am 2. 11. 1850 zurück., obwohl der Prinz von Preußen, Wilhelm, durchaus zu einem Krieg bereit war. Letztendlich setzten sich aber der Graf Brandenburg und der Kriegsminister Stockhausen durch, die darauf hinwiesen, daß Preußen nicht in der Lage sei, einen Zwei-Frontenkrieg durchzustehen.** Am **30.11 1850** schlossen von Schwarzenberg und der neue preußische Außenminister Manteuffel die »**Olmützer Punktationen**« ab. Dies bedeutete eine kaum verhüllte Kapitulation der Berliner Politik. In diesem auf Druck Rußlands zustande gekommenen Vertrag zwischen Preußen und Österreich mußte der Unionsplan begraben werden; statt dessen wurde der »Deutsche Bund« in der vom »Wiener Kongreß« festgelegten Form wiedererrichtet; Österreich war nicht bereit, dessen Leitung mit Preußen zu teilen.

Aus Angst vor einem Überhandnehmen der Militärmacht Preußens waren auch die Mittel- und Kleinstaaten und die vier freie Städte Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt bereit, eher mit Österreich zusammenzuarbeiten. **Otto von Bismarck** war in den Jahren **1851-1859 preußischer Gesandter am Bundestag** erstrebte die Gleichberechtigung Preußens im Dt. Bund und seine Vorherrschaft nördlich des Mains.

Otto (Eduard Leopold) von Bismarck-Schönhausen, seit 1865 Graf von B.-Schönhausen, 1871 Fürst von B., 1890 Herzog von Lauenburg, *Schönhausen 1. 4. 1815, gest. Friedrichsruh 30.7. 1898; seit 1847 mit Johanna von Puttkamer (*1824, gest. 1894) verheiratet. Zuerst studierte er Rechtswissenschaften in Göttingen und Berlin, wurde Referendar in Aachen, machte Schulden und sollte etwas disziplinierter werden, indem er den elterlichen Hof in Pommern bewirtschaften musste. Durch die guten politischen Kontakte seiner Frau schafft es Bismarck 1847 in den Berliner Landtag zu kommen, wird 1847/48 konservatives Mitgl. des Vereinigten Landtags, nach 1848 Abgeordneter in der Zweiten Kammer und im Erfurter Parlament.

Eine zweiteiliger Dokumentarfilm von Christoph Weinert über ihn heißt Bismarck - Kanzler und Dämon. Die Bezeichnung stammt von dem ersten deutschen Nachkriegspräsidenten Gustav Heinemann, der ihn "Dämon der Deutschen", der mittelbar für die beiden Weltkriege mit verantwortlich sei. Er zog diese antidemokratische Linie von Luther über Friedrich den Großen und Bismarck selbst bis zu Hitler.

Der Film verfolgt ihn seit seinen Erfolgen beim Mensurschlagen auf dem Paukboden in Göttingen. 1862 wurde Bismarck von König Wilhelm I. im Verlauf dieses Preußischen Verfassungskonflikts zum preußischen Ministerpräsidenten und bald auch zum Außenminister berufen. Damals hielt er seine bekannte "Eisen und Blut"-Rede

„Nicht auf Preußens Liberalismus sieht Deutschland, sondern auf seine Macht; Bayern, Württemberg, Baden mögen dem Liberalismus indulgieren, darum wird ihnen doch keiner Preußens Rolle anweisen; Preußen muß seine Kraft zusammenfassen und zusammenhalten auf den günstigen Augenblick, der schon einige Male verpaßt ist; Preußens Grenzen nach den Wiener Verträgen sind zu einem gesunden Staatsleben nicht günstig; nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen –, sondern durch Eisen und Blut.“

Im Schleswig-Holstein-Konflikt gelingt es ihm, die Herzogtümer zu unterwerfen, und schon ein Jahr später siegen die Preußen bei Königgrätz erfolgreich gegen die österreichische Armee. Der im Volk bis dahin nicht beliebte Bismarck wird zum Nationalhelden. Am 18. Januar 1871 ist Bismarck am Ziel. Wilhelm I. wird im Spiegelsaal von Versailles zum Kaiser des vereinten Deutschlands proklamiert. Zwei Monate später ist Bismarck der erste Reichskanzler des neu gegründeten Deutschen Reiches. Kaum ist das deutsche Reich gegründet, beginnt Bismarcks "Kulturkampf" gegen den Katholizismus. Er erweist sich als taktischer Machtpolitiker, skrupellos genug, sowohl innen- als auch außenpolitisch ein System aus in sich widersprüchlichen Allianzen und Bündnissen zu knüpfen. Schon nach kurzer Zeit im Amt denkt Bismarck an Rückzug aus dem politischen Leben. Er leidet unter Schlafstörungen und hat Schmerzen in der Hüfte. Beim Essen und Alkoholtrinken kennt er kein Maß. Ruhe findet er nur auf dem Land bei seiner Frau.

1878 gab es zwei Attentate auf den Kaiser. Der Klempnergeselle Max Hödel (1857-1878) aus Leipzig nutzte eine offene Kutschfahrt Wilhelms I. "Unter den Linden", seine zwei Revolverschüsse verfehlten jedoch ihr Ziel. Max Hödel, der kurz vor dem Attentat aus der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) ausgeschlossen worden war, wurde zum Tode verurteilt und am 16. August 1878 enthauptet. Beide 1878 verübten Attentate auf den Kaiser lastete Reichskanzler Otto von Bismarck der SAP an. Beweise für eine Urheberchaft gab es

allerdings keine. Dennoch gelang es Bismarck, die Revolutionsängste in Deutschland zu schüren und das so genannte Sozialistengesetz gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung auf den Weg zu bringen. Mit radikalen Sozialistengesetzen versucht er die stärker werdende Arbeiterschaft in Schach zu halten. Dazu dienen ihm auch die ersten Sozialgesetze, mit denen er sich Ruhe erkaufen will. Bismarck spaltet damit die Gesellschaft. Als er die Sozialistengesetze noch einmal verschärfen will, bremst ihn der junge Kaiser Wilhelm II. und drängt den alten Kanzler am 18. März 1890 aus dem Amt. Nach seiner Entlassung zieht sich Bismarck verbittert auf seinen Landsitz in den **Sachsenwald bei Hamburg** zurück. Seine Memoiren, die er dort schreibt, werden 1919 ein Bestseller. Bismarck stirbt am 30. Juli 1898 an den Folgen einer Lungenentzündung.

Aber kommen wir auf Bismarcks Rolle in preußischer Geschichte seit 1862 zurück. Bismarck setzte gegen den Willen des Parlament die Abschaffung der Landwehr, und die Umrüstung von den Vorderladegewehren auf Hinterladungs-Zündnadelgewehre (System Dreyse) die mit einer Einheitspatrone¹ schießen.

Golo Mann, 349, zitiert aus Bismarcks Rede zum preußischen Landtag :
Wenn wir es nötig finden, Krieg zu führen, so werden ihn führen, mit oder ohne Ihr Gutheißen.: die Bezahlung der preußischen Truppen Krieg vom Abgeordnetenhaus verweigert.

Er führte drei Kriege, die ihm die Kleindeutsche Vereinigung ermöglichten: zuerst gemeinsam mit Österreich gegen Dänemark (1864). Politische Auseinandersetzungen um die Verwaltung von Schleswig-Holstein ließ er zum **Deutschen Krieg** eskalieren, der am 3. Juli 1866 in der Schlacht von Königgrätz zu Gunsten Preußens und seiner Verbündeten entschieden wurde. Um sich die Besiegten als möglichen zukünftigen potentiellen Partner nicht zu verprellen, wurden im **Prager Frieden** keine territorialen Forderungen an das geschlagene Kaiserreich gestellt, doch hielt man sich an **Sachsen** und anderen deutschen Staaten, die Österreich unterstützt hatten, schadlos.

Nach dem siegreichen Krieg war die Begeisterung in Preußen so groß, dass Bismarck wagen konnten im September 1866 die sog. **Indemnitätsvorlage** dem preußischen Parlament vorzulegen. (**Hais-Hodek: 3 práv. beztrestnost, indemnita, act of ~ omilostnění, amnestie**) – Golo Mann, 357, sagt davon: Ein nachträgliches Gutheißen aller Ausgaben, die seit 1862 vom Staate ungesetzlich gemacht worden waren. verliehen Bismarcks Handlungsweise einen Schein der Legalität, den man dem Landtag einräumte.

Über die Frage, ob diese Idemnität zu gewähren sei, geriet die große liberale Fortschrittspartei in Brüche. Ja sagen hieß: Unrecht zum Recht machen, weil es Erfolg gehabt hat. Nein sagen hieß: in Opposition verharren und sie ausschalten bei der Gestaltung des Norddeutschen Bundes

Im November 1866 unterstützten Nationalliberale Bismarck. (zuerts Neue Fraktion der nationalen Partei, im März 1867: **Die Nationalliberale Partei**: Rudolf von Bennigsen (deutscher Nationalverein 1859 in Eisenach gegründet; der Sitz des Ausschusses war Coburg, Johannes von Miguel, beide aus Hannover.) Soie wurde auch die **Reichsgründungspartei** genannt (Industrielle, Bankiers, protestantisches Bildungsbürgertum). Miguel, Bürgermeister von Osnabrünck, , früher ein Anhänger von Marx, formulierte es im Dezember 1866 folgnedermaßen:

¹ metalische Dichtung anstelle einer Filzplatte am Boden der gebräuchlichen Papierpatronenhülse

Die Zeit der Ideale ist vorüber. die dt. Einheit ist aus der Traumwelt in die prosaische Welt der Wirklichkeit hinuntergestiegen. Politiker haben heute weniger als je zu fragen, was wünschenswert, als was erreichbar ist.

Um Liberale für den Beitritt zum Norddeutschen Bund zu motivieren, führte er – im Unterschied zum Dreiklassenwahlrecht in Preußen, das bis 1918 nicht aufgehoben wurde – das allgemeine Wahlrecht, nach dem auch später in den Reichstag nach 1871 gewählt wurde. Golo Mann, 353.

Ein Berliner Witzblatt erklärte damals, sein erscheinen einstellen zu müssen, denn bessere Witze als Herr von Bismarck könne es nicht machen. Bismarck war ein Realpolitiker, dem jedes Mittel zum Zweck recht war, um seine Ziele zu erreichen..

Die deutsch-französischen Gegensätze nutzte Bismarck aus, um einen Krieg herbeizuführen, in dem die Vereinigung mit den Südstaaten möglich war. Den Hintergrund der sog. Emser Depesche bildete die Kandidatur des Prinzen Leopold von dem kleinen katholischen Hohenzoller-Sigmaringen (an der oberen Donau, Kreuzpunkt der Bahnlinien Tuttlingen – Ulm und Tübingen – S., 1895 nur 4321 Einwohner, davon 538 Evangelische und 8 Juden) auf den spanischen Thron. Wilhelm I. hielt sich zur Kur in Bad Ems auf, und der französische Botschafter in Preußen, Vincent Benedetti, war ihm dahin nachgereist. Außenminister Gramont, der mit dem Botschafter in ständigem telegraphischen Kontakt stand, beauftragte ihn deshalb, von König Wilhelm I. zu verlangen, dass er die Rücknahme der Kandidatur ausdrücklich billige und dass er auch einschreiten würde, falls die Hohenzollern doch wieder auf die Kandidatur zurückkämen. Er stellte dies als ein natürliches, gerechtfertigtes Ansinnen dar: Der Hohenzollersche Rückzug sei für Frankreich ja wenig wert, wenn die Hohenzollern sich jederzeit wieder um den spanischen Thron bewerben könnten. Würde sich dagegen Wilhelm I. verpflichten, seine Autorität als Haupt des Gesamtthauses Hohenzollern einzusetzen, um dies zu verhindern, so wäre diese Zusicherung für Frankreich von enormem Wert.

Ein schriftlicher Bericht über die Verhandlungen König Wilhelms I. mit dem französischen Botschafter Vincent Benedetti in Bad Ems wurde von Bismarck in einer redigierten Version der Emser Depesche veröffentlicht und diente Frankreich als Vorwand zur Erklärung des deutsch-französischen Krieges im Sommer 1870.

Casus belli zwang die Südstaaten sich an der Seite Preußens am Krieg zu beteiligen, wie es in den 1866 geschlossenen Bündnisverträgen vorgesehen war, die jetzt in Kraft traten .

Den Deutschen gelang gleich am Anfang des Krieges gegen Frankreich die Gefangenahme und Absetzung des Kaisers nach der Schlacht bei Sedan am 2. 9. 1870 durch Moltkes Armee. (Helmut Graf von Feldmarschall). Die Hauptstadt Paris wurde ausgehungert, Dörfer eingeäschert, Partisanen erschossen. Sedanstag zum deutschen Nationalfeiertag. Kriegsziel der Nationalliberalen war die Annexion Elsaß- Lothringen.

Bei der Vereinigung Deutschlands versuchte Bismarck die Südstaaten durch Zugeständnisse zu gewinnen: so räumte Reservatrechte für Bayern und Württemberg ein: sie behielten ein eigenes Heer, einen eigenen diplomatischen Dienst, eigene Eisenbahn, und eigenes Postwesen. Am 21. März trat in Berlin der nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht gewählte dt. Reichstag zusammen. Am gleichen Tag wurde Bismarck zum Fürsten erhoben.

Das größte Bismarck-Monument in Deutschland ist das 1906 eingeweihte Bismarckdenkmal in Hamburg-Sankt Pauli. Der Bau eines gigantischen Bismarck-Nationaldenkmals bei Bingerbrück wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs verhindert. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem **Bismarck-Mythos**, den auch der aus Iglau stammende Karl Hans

Strobl mit seinem historischen Roman *Bismarck* mitgestaltet hatte, stellt das Buch des Oxforder Historikers Robert Gerwahrt: "Der Bismarck-Mythos", das 2007 erschienen ist und vor allem den Mythos vom eisernen Kanzler in der Weimarer Republik verfolgt. Bismarck musste als Kronzeuge für den Antiparlamentarismus und die Notwendigkeit heroischer Führerschaft herhalten. In einem anderen Sinne berief sich auf Bismarck Gustav Stresemanns, um seine Außenpolitik gegen die rechte antirepublikanische Front mit dem Hinweis auf Bismarck als Realpolitiker zu verteidigen. 1925 wurde Paul von Hindenburg von seinen Wahlkampfagitatoren zum „zweiten Bismarck“ stilisiert, und sein Gegner Wilhelm Marx erlitt mit seiner Berufung auf die Traditionen von 1848 und 1918 Schiffbruch. Hitler und seiner Propaganda gelang es, sich nationalkonservativen Kreisen als ein Bismarck redivivus anzupreisen, als derjenige, der die kleindeutsche Einigung durch eine großdeutsche Weiterung ausbauen und dafür den verhassten Parlamentarismus erledigen würde. Diese Anfälligkeit für Führertypen zeigen die regionalen Unterschiede in der Wahlergebnisse: Wo 1925 Hindenburg seine besten Ergebnisse hatte, fuhr diese nun Hitlers NSDAP ein; wo Hindenburg weniger Zuspruch fand, widerfuhr dies auch der NSDAP. Er wurde als Gewaltpolitiker mit Kürassierstiefeln gefeiert [...]. In Wahrheit war[en] die höchste Diplomatie und das Maßhalten seine große Gabe.²

Die Kriegsbeute war das neue Reichsland Elsaß – Lothringen: nach rund 200 Jahren im wurde im Friedensvertrag von Frankfurt eine neuen Grenze festgelegt: Festungen Metz und Straßburg, Vogesen wurden deutsch, Die Elsässer und Lothringer wären lieber bei Frankreich geblieben. Elsaß – Lothringen war zuerst nur eine eine preußische Provinz, erst seit 1911 wurde es im Bundesrat vertreten. Den neuen Staat, das zweite Kaiserreich bildeten 25 Bundesstaaten, deren Vertretung im Parlament ihrer Stärke entsprach:

Preußen	17 Mandate
Bayern	6,
Sachsen	4
Württemberg	4
Baden	3
Hessen	3
Braunschweig	2
Mecklenburg Schwerin	2

5 Milliarden Francs Kriegsentschädigung führten zur schnellen Industrialisierung und einer überstürzten Wirtschaftsentwicklung, Schon 1873 kam allerdings eine Weltwirtschaftskrise, Kurssturz an der Börse, Zusammenbruch von Banken und vielen Firmengründungen.

Bismarcks mächtigster gegner im Reichstag war die **Zentrumspartei**, die zweitstärkste Fraktion im Reichstag. deren Führer Ludwig Windthorst, Justizminister, war , und dessen Verbündete –Polen und Elsässer waren..

Im dem Kulturkampf, wie diese Auseinandersetzung Rudolf Virchow, Führer der Fortschrittspartei, nannte konnte die Zentrumspartei ihre Stimmen 1874 verdoppeln. Damals wurde der sog. Kanzelparagraph als Reichsgesetz eingeführt (Amtsentlassung drohte den Geistlichen, die von der Kanzel herab staatliche Angelegenheiten kritisierten), 1872 der Kirche die Schulaufsicht entzogen, 1872 Verbot des Jesuitenordens innerhalb des Reichsgebietes, Studium an einer deutschen Universittä als Voraussetzung eingeführt, um

² Ulrich von Hassell, Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944, der im Strafgefängnis Berlin-Plötzensee durch Erhängen ermordet wurde, in seinem Tagebuch 1944.

Geistlicher zu werden. 1875 kam die Zivilehe dazu. Katholische wurden Orden verboten, falls sie sich nicht mit der Krankenpflege beschäftigten. Unter dem neuen Papst, Leo XIII wurden in Deutschland viele Maßnahmen wieder zurückgenommen, bestehen blieben der Kanzlerparagraph, die Zivilehe, die staatliche Schulaufsicht und bis 1917 die Jesuitengesetze.

In der Opposition blieb **Deutsche Fortschrittspartei** (Ziele im Gründungsjahr 1861: Die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung, Verfassungsstaat, Verantwortlichkeit der Minister, Trennung von Kirche und Staat. Mit der Mehrheit der Sitze im preußischen Abgeordnetenhaus waren sie Gegner des Königs im Verfassungskonflikt. Mittelstand, Kleinbürgertum)

Industrielle Revolution

4/5 der deutschen Bevölkerung arbeiteten noch 1830 in der Landwirtschaft. Ruhrgebiet tritt erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Konkurrenz zu den bis dahin bedeutendsten deutschen Industriegebieten im Saarland und in Oberschlesien. Die meisten Arbeiter im Ruhrgebiet kamen, weil sie Arbeit und Brot zum Essen suchten, sie waren ursprünglich Tagelöhner und Bauern. Andere kamen aus vielen verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel aus Italien, Schlesien, Tschechien oder Polen.